Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 220 | **Dienstag, den 19. September 1933** | **88. Jahrgang**

Tagesschau.

In dieser Woche tritt zum ersten Male seit seiner Berufung der Generalrat der Wirtschaft zusammen. Reichskanzler Adolf Hitler hat für Mittwoch, den 20. ds. Mts., die Mitglieder des Generalrates der Wirtschaft zu einer Sitzung in der Reichskanzlei einberufen.

Im Rahmen der Bekämpfung des Bettlerunwesens fand am gestrigen Montag im ganzen Reich eine Aktion statt, die von der Polizei, der SA. und SS. und den Wohlfahrtsbehörden durchgeführt wurde.

Im Verlauf der Aktion zur Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe wurden in Lauterberg im Harz 201 Kommunisten festgenommen und Materialien der Kurierdienste der KPD. sichergestellt. In Hamburg wurden kommunistische Spitzenfunktionäre verhaftet.

Das Protokoll über die Durchführung des Danzig-polnischen Abkommens über die Ausnutzung des Danziger Hafens ist Montag nachmittag in Warschau unterzeichnet worden.

Aus China wird gemeldet, daß im nördlichen Szetschwan ein Erdbeben sich ereignet habe, bei dem 5000 Chinesen ums Leben gekommen sind.

Ausführliches an anderer Stelle.

Oesterreichisches Farben-Potpourri.

Schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten im österreichischen Regierungslager. — Winkler und Dollfuß gegen Starhemberg.

Noch mehr die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung und ihr nahestehende Persönlichkeiten sich über den politischen Kurs, den Wien steuern will oder soll, äußern, desto vager und vieldeutiger wird das Ziel, dem man zusteuert. Jetzt hat der Bundesvizekanzler Winkler in Graz bei der Gründungsfeier der Nationalständischen Front eine programmatische Rede gehalten, die zwar das Vertrauen zur Führung von Dr. Dollfuß ausdrückt, aber doch in grundsätzlichen Fragen von dem abweicht, was dieser noch am Tage vorher dem Chefredakteur der „New York Times" über die von ihm verfolgten österreichischen Verfassungspläne sagte. Zu den Ideen aber, die der Fürst Starhemberg über das gleiche Thema vor kurzem verkündete, steht Winkler in schroffem Gegensatz. Und dabei sind diese drei Männer, Dollfuß als Repräsentant der Christlich-Sozialen, Winkler als Führer des Landbundes, der auch das Hauptkontingent der Nationalständischen Front stellt, und Starhemberg, der Gebieter der Heimwehren, die drei Pfeiler, auf denen das ganze Regierungsgebäude ruht.

Die Linie Starhemberg ist die des konsequenten faschistischen Staates, der die Totalität für sich beansprucht, der jeden Rest von Parlamentarismus absagt, alles, was marxistischer Gesinnung huldigt, aus den für Land und Gemeinde maßgebenden Stellen vertreiben will. Jede demokratische Krabeske am Staatsbau ist Starhemberg verdächtig. Träger und Beherrscher des Staates sollen seine Heimwehren, und er an ihrer Spitze, sein. Wenn man alles wörtlich nehmen müßte, was er darüber sagt, dann ergäbe sich ein System, das den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus noch übertrumpft. Das ist übrigens ein Zug, den man vielfach an denen beobachten kann, die sich an fremden Gedanken berauschen und sie nun in die Tat umsetzen wollen.

Auch Herr Dollfuß ist gegen den Parlamentarismus und gegen die Demokratie. Auch er will ein autoritäres Regiment, aber er lehnt doch den Faschismus und seine Nachbeter ebenso ab wie eine lediglich auf bewaffnete Heimwehrmilizen gegründete Diktatur. Sein Ziel ist der ständische Staat, wobei es vorläufig noch dunkel bleibt, wie er ihn sich denkt. Auf jeden Fall zielt er auf die Beseitigung der alten Parteien, und seine „Vaterländische Front" stellt er ausdrücklich als eine neue Organisation, nicht aber als eine Zusammenfassung der von ihm als überwunden angesehenen Parteien der Demokratie dar. Wenn man dazu hält, daß er sich sehr stark auf sein katholisches Christentum bezieht und daß er die Ideen seines ständischen Staatsaufbaues im Zusammenhang mit der Enzyklika des Papstes gebracht hat, so ergibt sich die stark mittelalterliche Tendenz seiner Gedankenrichtung.

Was sein Ministerkollege Schumy in einer aus Anlaß der Gründungsfeier der „Nationalständischen Front" herausgegebenen Festschrift über die beabsichtigte ständische Staatskonstruktion sagt, scheint sich nicht ganz mit den Auffassungen von Dollfuß zu decken. Er wendet sich gegen die Aufhebung der alten Parteien, die er zwar in ihrem auf dem jetzigen Wahlsystem beruhenden Einfluß stark zurückdrängen will, denen er aber doch nach wie vor die Aufgabe, die politische Willensbildung der Bevölkerung und ihre Mitwirkung am öffentlich-politischen Leben zu ermöglichen, zuschiebt. Der Ständevertretung, über deren Form im einzelnen auch er sich nicht näher ausläßt, will er grundsätzlich nur wirtschaftliche und soziale Fragen überantworten.

Der Vizekanzler Winkler vertritt in seiner Grazer Rede nun wieder noch eine andere Spielart des Regierungskurses. Den Faschismus und alles, was danach aussieht, lehnt er grundsätzlich und scharf ab, auch wenn er dem Volke in dem Gewande eines besonderen Austrofaschismus dargeboten werden soll. Auf der anderen Seite zeiht er die alte Demokratie mannigfacher politischer Sünden, meint jedoch, der Ausweg müsse in der Mitte zwischen Demokratie und Faschismus gesucht werden. Das soll auch seiner Meinung nach dadurch geschehen, daß die Berufsstände in den Mittelpunkt des Staates gestellt werden, aber das Gesunde, das in der Demokratie liegt, will er in die neue Verfassung, für die der das Schlagwort der „ständischen Demokratie" findet, retten.

In den nationalpolitischen Fragen vertritt Starhemberg die Linie eines starren traditionsbewußten Oesterreichertum, von dem man nicht voraussagen kann, ob es nicht eines Tages im schwarzgelben Habsburgertum enden wird. Bei Dollfuß braucht man diese Blickrichtung wahrscheinlich nicht anzunehmen, aber er hat den „österreichischen Menschen" erfunden und ist auf die staatliche Besonderheit des Landes genau so eifersüchtig wie Starhemberg bedacht, wenn er vielleicht auch die Auswege zu einer Verständigung mit dem großen deutschen Bruder im Reich gehen würde, sofern er sie sich nicht selber durch seine Politik versperrt hätte. Winkler ist der Mann, der nach dieser Richtung noch am ehesten den Ausgleich sucht. Er hat in Graz gesagt: „Wir wollen eine Brücke schlagen zwischen den hohen Begriffen von österreichischer Heimatliebe und deutscher Volksgemeinschaft". Und dieses nationalpolitische Ziel hat sich ihm zu einer etwas unklaren Flaggensymbolik verdichtet. Als kennzeichnend für die von ihm geführte nationalständische Front betrachtet er die Kombination der derzeitigen österreichischen Farben Rotweißrot mit dem Schwarzrotgold der großdeutschen Demokratie und der grünen Fahne der Bauern. Das ist immerhin ein bißchen viel für ein politisches Banner. Wenn dann gar noch das Schwarzgelb der offenen oder heimlichen Habsburger Freunde dazu kommt, wenn man bedenkt, daß diejenigen, die einer irgendwie gearteten Wiedervereinigung mit Ungarn das Wort reden, die rotweißgrüne Fahne der österreichischen an die Seite stellen möchten, und daß der große Schirmherr des ohne Anlehnung an einen Mächtigeren nicht recht lebensfähigen Oesterreich, Mussolini, mit Herrn Dollfuß unter der grünweißroten Flagge seine freundschaftlichen Konferenzen abhielt, dann schillert das Farbenwunder der österreichischen Politik in so vielen Tönen, daß es schwer wird, eine klare Orientierung zu finden.

Oder sollte sie doch in der einzigen Richtung liegen, in der keiner der um Oesterreichs Führung Bemühten zu gehen wagt, nämlich dort, wo die schwarzweißrote Fahne weht?

Die Direktion der österreichischen Bundesbahnen wird vom 1. Oktober bis Jahresende rund 3000 Angestellte in den Ruhestand versetzen bzw. entlassen. Von dieser Maßnahme sollen solche Personen betroffen werden, die man als „politisch unzuverlässig" ansieht.

Der Deutsche Turnverein in Friesach in Kärnten wurde vom Sicherheitsdirektor aufgelöst. Als Grund wird nationalsozialistische Betätigung des Vereins angegeben.

Ueber eine Verschärfung der österreichischen Grenzkontrolle auf der Straße zwischen Bregenz (Vorarlberg) und Lindau (Bayern) hat der Nachrichtendienst des Schweizerischen Rundfunks eine Meldung verbreitet, in der es heißt, daß die Kontrolle der Passanten durch Militär und Hilfspolizei ausgeübt werde und der Fuhrparkverkehr gänzlich gesperrt sei. In einer Erwiderung versucht die Landesregierung von Vorarlberg diese Meldung zu entwerten, indem sie erklärt, daß die Behauptung, die Straße zwischen Bregenz und Lindau sei durch Drahtverhaue gesperrt, nicht zutreffe. In ihrer Erklärung gibt die Landesregierung aber zu, daß eine verschärfte Kontrolle unter Hinzuziehung von Gendarmerie und Militär ausgeübt wird.

Gefällte Bajonette.

Klagenfurt, 18. September. In Spittal an der Drau kam es vor dem Gebäude des Bezirksgerichts zu Kundgebungen einer großen Menschenmenge, die sich gegen die erfolgte Dienstenthebung des Bezirkshauptmanns von Spittal und gegen die von christlichsozialer Seite und vom Heimatschutz geforderte Amtsenthebung des Landeshauptmanns von Kärnten, Kernmayer, richteten. Polizei und Gendarmerie wollten die Ansammlungen zerstreuen, wobei es zu Zusammenstößen mit den Kundgebern kam. Um die Ruhe wiederherzustellen, wurde eine Kompagnie Alpenjäger aufgeboten, die dann mit gefälltem Bajonett die Straße räumte. Von den Kundgebern wurden sechs Personen verletzt, davon eine schwer durch einen Bajonettstich in die Lunge.

Der österreichische Heeresminister hetzt im „Figaro".

Der „Figaro" veröffentlicht einen Artikel des Heeresministers Vaugoin. Die Tatsache, daß ein Mitglied des österreichischen Kabinetts es für angebracht hält, zu einer Polemik gegen das neue Deutschland ausgerechnet das berüchtigte Hetzblatt des französischen Parfümfabrikanten Coty zu benutzen, spricht schon allein für sich. Als besonders bedauerlich muß es aber empfunden werden, daß Herr Vaugoin es für geschmackvoll hält, vor dem französischen Publikum die Symbole des neuen Deutschland verächtlich zu machen. Wenn Herr Vaugoin glaubt, das Hakenkreuz als „verdrehtes Kreuz" karikieren und behaupten zu können, daß Oesterreich demgegenüber das gerade Kreuz Christi verehrt, so müssen solche Versuche auf das schärfste zurückgewiesen werden. Ein gewissenhaftes Studium der Volksbewegung des neuen Deutschland hätte auch den österreichischen Heeresminister darüber belehren müssen, daß der Nationalsozialismus es als seine Aufgabe betrachtet, Deutschland unter den vereinten Symbolen wieder zu einem sauberen und anständigen Staat auf der Grundlage der christlichen Kultur zu machen.

Ratstagung und Abrüstung.

Der Kampf beginnt.

Die kommenden Wochen der internationalen Politik werden ganz im Zeichen der Genfer Kämpfe stehen. In Paris haben die zwischenstaatlichen Besprechungen über die französischen Ergänzungsanträge zum englischen Konventionsentwurf begonnen. Am Mittwoch wird sich wahrscheinlich die deutsche Delegation von Berlin nach Genf begeben, die diesmal vom Reichsaußenminister Neurath und zum ersten Mal auch von einem aktiven nationalsozialistischen Minister, Dr. Goebbels, geführt ist. Der begleitende Stab von Sachwaltern wird diesmal kleiner sein, denn die Tagesordnung ist nicht sehr umfangreich und berührt die deutschen Interessen nur in einigen Punkten. Am wichtigsten für uns ist die Entscheidung über die Beschwerde der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien. Dazu gibt es noch eine eigenartige Begleitmusik, die Beschwerde des Juden Bernheim. Es ist allerdings fraglich, ob diese Klage eines Einzelnen, welche die Rechte einer ganzen Minderheit beim Völkerbund anhängig zu machen bemüht ist, auch wirklich behandelt wird. Die Juristen sind sich nicht einig, ob ein Einzelner für eine ganze Minderheit klagen kann, und die Juden sind sich ja bekanntlich noch weniger einig, ob sie als Minderheit aufgefaßt werden wollen oder nicht. Ferner werden die deutschen Interessen unmittelbar berührt durch eine Klage der saarländischen Zeitungsverleger, die sich gegen die Methoden der internationalen Regierungskommission wendet, das Recht der freien Meinungsäußerung im Saargebiete einzuschränken. Es ist zwar nur ein Kampf im Vorfeld, aber einmal erhält die Beschwerde dadurch ein besonderes Gewicht, daß sie von den Zeitungsverlegern direkt ausgeht, ferner wird die Debatte innerhalb des Rates über den Gegenstand die Saarfrage sicherlich in einer Beleuchtung zeigen, die im Hinblick auf den bevorstehenden Abstimmungskampf nur lehrreich sein kann.

Aber das Gewicht der Genfer Zusammenkünfte wird nicht in der Tagung des Völkerbundes, sondern in den durchweg vertraulichen Unterhaltungen der Staatsmänner über die Abrüstungsfrage liegen. Der Kampf um den englischen Abrüstungsentwurf steht jetzt ganz im Zeichen der französischen Propaganda für ihre Ergänzungsanträge, die sie um so hartnäckiger verfolgen, als sowohl Amerika wie England eine gewisse Schwäche haben erkennen lassen. Wie erinnerlich geht der Streit weniger um die Abrüstung, als um die automatische, an Ort und Stelle auszuführende Kontrolle der Rüstungen und um die Probezeit, welche die Franzosen dafür vorgesehen haben wollen. Die Angelsachsen wollen den neuen Rüstungsstand kontrollieren, die Franzosen den gegenwärtigen, wobei sie glauben, die einzige allgemeine Abrüstungsregel, die das neue Abrüstungsabkommen außer den Kontrollbestimmungen enthalten soll; nämlich die Durchführung und Vereinheitlichung der Heerestypen im Sinne eines Heeres mit kurzer Dienstzeit, schon verwirklicht zu haben. Für sie kämen also keine großen Veränderungen in

SLUB
Wir führen Wissen.